

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apponyigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedwemalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversiegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Michaelerthor Nr. 164.
Inserate für Wien werden nur angenommen bei Herrn Philipp Esb, Wollzeile Nr. 2.

Nr. 23.

Freitag 29. Januar 1875.

IV. Jahrgang.

Pränumerations-Einladung.

Wir eröffnen mit 1. Februar abermals ein Abonnement, u. zw.:

Für Pressburg:	
Für Februar	— fl. 67 kr.
„ Februar bis inclusive März	1 „ 33 „
„ Februar „ „ Juni	3 „ 33 „
„ Februar „ „ Septbr.	5 „ 33 „
„ Februar „ „ Dezemb.	7 „ 33 „
Mit Zustellung in's Haus per Monat	— „ 18 „
Für Ungarn-Oesterreich*):	
Für Februar	— fl. 92 kr.
„ Februar bis inclusive März	1 „ 83 „
„ Februar „ „ Juni	4 „ 58 „
„ Februar „ „ Septbr.	7 „ 33 „
„ Februar „ „ Dezemb.	10 „ 08 „

Es bittet um gütige Einfindung des Pränumerationsbetrages von Seite der auswärtigen p. t. Abonnenten mittelst Postanweisung

Die Administration des „Recht“,
Apponyigasse Nr. 10.

*) In Oesterreich kommt der Zeitungsstempel mit täglich 1 kr. an die dortigen Postanstalten separat zu berichtigen.

Am 2. Februar beginnt eine äußerst interessante und spannende Erzählung aus unseren Tagen mit dem Titel:

Richard,

welche die Schicksale eines in die Hände der geheimen Gesellschaften gefallenen jungen Arztes behandelt.

Pressburg, 28. Januar.

Die Budgetdebatte hat gestern begonnen; aber zur Stunde, da wir dieses schreiben, liegt uns nur erst ein kurzes Resumé der gestrigen Verhandlung vor, als deren Gegenstand der Präsident diesmal nicht, wie sonst, den Bericht des Finanzausschusses, sondern die „Budgetvorlage, welche der Finanzausschuß verhandelte“, bezeichnet hat. Der Berichterstatter Baron Béla Piptay empfahl den Ausschußbericht dem Hause zur Verhandlung und motivirte seinen Antrag in längerer Rede, der wir folgendes entnehmen: „Die Regierung habe durch Reductionen im Präliminare für 1875 der ersten Lage des Landes Rechnung getragen und gegen das Vorjahr 7 Millionen gestrichen. Trotzdem blieb ein Deficit von 27,578,074, welches der Finanzausschuß auf 25,495,715 herabminderte. Das sei wohl eine bedeutende Summe, doch möge man bedenken, daß, wenn das Deficit näher analysirt wird, sich als die Bestandtheile desselben das Erforderniß zur Tilgung der Staatsanleihen, der Eisenbahn-Zinsgarantien, der Investitionen ergeben. Die Situation sei schwierig, aber man dürfe sich dadurch nicht abschrecken lassen, nicht in Verzweiflung gerathen, nicht in der weiteren Thätigkeit sich stören lassen. Das Verzweifeln muß man den Schwachen überlassen. Es sei leicht begreiflich, daß die Na-

tion, als sie nach langer Zeit ihre Selbstständigkeit wieder erlangte, sich in den Ausgaben überstürzte; aber man müsse ihr die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie innehielt, als sie ihren Irrthum erkannte. Nur verfiel sie in das andere ungerechtfertigte Extrem der Verzweiflung.

Noch sei bei mancher Post eine Reduction möglich, die finanzielle Situation in mancher Beziehung zu verbessern; zu diesem Zwecke müsse man natürlich auch an die Steigerung der Staatseinkünfte denken, und der Finanzausschuß hat in seinem Berichte darauf hingewiesen, wodurch die Erhöhung anzuhoffen sei.

Vor Allem wird die Kataster-Regelung an 3 Millionen bringen, durch strenge Verhütung der Schmuggelerei und anderer Umgehungen des Gesetzes beim Tabak- und anderen Gefällen würde man nicht nur zur Erhöhung der Staatseinkünften, sondern auch zur Hebung des Staatskredits beitragen. Redner schließt mit den Worten: Die Beschlüsse der Legislative in so wichtigen Momenten wie der gegenwärtige, bilden den Gradmesser für die Tugend und für den Patriotismus einer Nation.“

Unter großer Spannung des fast vollständig in allen Räumen besetzten Hauses — auf der Diagonalgalerie sind viele Mitglieder des Oberhauses und Baron Mazzuranić anwesend — nimmt nun

Finanzminister Ghyczy das Wort. Seine Rede liegt uns nicht vor. Es wird nur bemerkt, daß dieselbe in der Hauptsache eine Wiederholung der Rede war, welche der Minister in der Sonntagsconferenz der Deátpartei gehalten, und daß der Finanzminister gleichzeitig den Gesetzentwurf über die im Jahre 1875 zu zahlende allgemeine Einkommensteuer vorlegte, auf welchen wir an anderer Stelle zurückkommen.

Die Rede des Ministers wurde von der Deátpartei sehr beifällig aufgenommen. Die Sitzung wurde auf fünf Minuten suspendirt. Nach Wiedereröffnung derselben nahm als erster oppositioneller Redner Paul Móricz das Wort. Er legt einen eingehenden Plan zur Regelung des Staatshaushalts vor, tritt bloß in einem Punkte — Lösung der Bankfrage — gegen Ghyczy auf und schließt mit der Ablehnung der Vorlage, weil die gegenwärtige Regierung der Aufgabe, welche sie übernommen, nicht entspreche. Nach ihm spricht von der Rechten Alex. Bujanovics, von der Linken Th. Pécly.

Im „P. U.“ finden wir folgende charakteristische Bemerkung: Die croatischen Deputirten dürften, nachdem sie von den Debatten ohnehin wenig verstehen und das Budget jedenfalls als Grundlage zur Specialdebatte acceptiren, erst dann in Pest eintreffen, wenn die Abstimmung bevorstehend ist. Banus Mazzuranić wird auch deshalb in nächster Zeit nach Agram zurückreisen.

Wie die Deátpartei, hat auch der Club des linken Centrums vor Beginn der Budgetdebatte sich zu einer Conferenz vereinigt, um zum Budget Stellung zu nehmen. Sein Beschluß lautet auf Ablehnung des Budgetentwurfs als Grundlage der Specialdebatte. Nach der Meinung des „P. U.“ ist das linke Centrum bei der Ablehnung des Budgets nicht von principiellen, sondern von tactischen Rücksichten geleitet; es will jetzt und sofort den Entscheidungskampf wagen und eine Lösung der Parlaments- und Parteifragen herbeiführen. (Nebenbei sei erwähnt, daß in derselben Sitzung des Clubs des linken Centrums der Abg. Jan Kovics die Annahme der folgenden Resolution beantragte: „Die Partei bleibt ihren bisher bekannten Prinzipien treu und tritt in keinerlei Coalition, in welcher sie die Geltendmachung ihrer bisher bekannten staatsrechtlichen Principien nicht sichern kann.“ Hierauf antwortete der Führer der Partei, Koloman Tisa, und der bestimmte Sinn dieser Antwort war, nach „Hon“, der, daß Tisa, sowie er bisher nichts ohne Zustimmung der Partei that, auch fürder nichts thun wird, und er hat seinen principiellen Standpunkt weder aufgegeben, noch verlassen.“ Die von Jan Kovics beantragte Resolution wurde verworfen, worauf der Antragsteller seinen Austritt aus dem Club des linken Centrums erklärte.)

Der Militarismus.

V. Alle Künste der Finanzminister, alle Opfer des Volkes sind unzulänglich, das Gleichgewicht der europäischen Staatsfinanzen herzustellen, oder gar die Fonds für productive Anlagen zu Gunsten der Nationalökonomie zu ersparen, so lange neben der haute finance noch ein zweiter unerfättlicher Geier an den Eingeweiden der Völker zehrt: der Militarismus. Aber während es durchaus in der Pflicht und in der Machtbefugniß jedes einzelnen Staates liegt, durch weise Sparsamkeit und strenge Controle jenes erstere Raubvogel fern zu halten, sind alle in Betreff des zweiten, noch weitaus gefährlicheren, von fremder Willkür absolut abhängig.

Im deutschen — d. h. großpreussischen — Reichstage ist das berüchtigte Landsturmgesetz durch die Majorität aller „auf Bismarck's Namen“ Gewählten gegen den Widerspruch des Centrums und des Fortschritts zur Annahme gelangt. Am wichtigsten ist in demselben § 5, durch den bestimmt wird, daß der s. g. Landsturm uniformirt werden wird, und namentlich, daß die Landwehr nach Bedarf aus dem Landsturm ergänzt werden kann. Da nun die Landwehr ganz in derselben Weise zur Verwendung gebracht wird, wie die Linie, der Landsturm in die Landwehr eingereicht zu werden bestimmt ist, so bedeutet das neue Gesetz nichts Anderes, als daß fortan jeder Deutsche, nicht mehr wie bisher bis zum 32. Lebensjahre, sondern bis zum 42. militärdienstpflichtig ist. Es steht also

fortan auf den Wink des „Blut- und Eisenmannes“ eine Armee von 1,324,000 Mann und eine Reserve von vorläufig 400,000 Mann ausgedienter Soldaten, also zusammen 1,724,000 Soldaten jeden Augenblick bereit. Binnen Kurzem wird diese Armee sich bis auf 2 Millionen auszuwachsen — und diese ungeheure Anzahl dient den Zwecken Bismarck's; jedenfalls nach ihm denen der Hohenzoller'schen Dynastie. Was das sagen will, weiß jeder Kenner der neueren Geschichte!

Bei den Debatten des deutschen Reichstages hat das Centrum sich bemüht, die drückendsten Bestimmungen des Gesetzes zu beseitigen; diejenigen, welche das gesammte waffenfähige Volk zu willenslosen Soldaten einer eroberungsfüchtigen Dynastie erniedrigen, zu mäzigen; aber vergebens. Die servile Bedientengestimmung und der fanatische Chauvinismus der Nationalliberalen drängte sich zur rücksichtslosen Preisgebung des Volkes, mit völliger Nichtachtung dessen, daß einige Paragraphen der Verfassung dieser Ausdehnung der Militärlast mit klarem Wortlaut entgegenstehen.

Der ausgezeichnete Redner des Centrums, Hr. v. Schorlenmer-Alt, mußte seine Bemühungen zum Schutze des Volkes damit büßen, daß er die Wige und Verhöhnung derer zu erdulden hatte, welche in der Conflictperiode, als Bismarck den Staat noch nicht an den Liberalismus verkauft hatte, die energischsten Bekämpfer der Armeevermehrung waren. Von ernster Bedeutung sind besonders auch für Oesterreich-Ungarn seine Worte: schon allein die gesammte Zahl der landsturmpflichtigen Mannschaft beträgt 2 Millionen!

„Ich erinnere mich noch sehr wohl, daß bei der Reorganisation der preussischen Armee in der Conflictperiode der Fürst Bismarck das gestügelte Wort sprach: „Wir hätten einen zu kleinen Leib für die große Rüstung, die wir tragen.“ Darauf wurde im Jahre 1866 der Leib erheblich größer gemacht, aber es passirte uns auch das Unglück, daß die Rüstung wieder größer wurde. Nun kam das Jahr 1870/71, das neue deutsche Reich wurde errichtet. Wiederum wurde der Leib erheblich größer, wiederum wuchs aber auch die Rüstung sehr stark. Endlich konnte man nun hoffen, daß die Erleichterungen eintreten würden, die man ja immer dem Volke versprochen hatte, wenn nur erst das Ziel der Machtentwicklung Preußens, resp. Deutschlands erreicht wäre. Wenigstens durfte man seitens des Volkes hoffen, daß doch mit dem Gesetze von 1872, welches eine Friedensarmee von 401,000 Mann und eine dem entsprechende Kriegsstärke von 1,324,000 Mann festgestellt hat, nun mit Vergrößerung der Rüstung eingehalten werden würde. Was wird uns aber jetzt wieder durch dieses Gesetz, und speziell durch den §. 5 des Gesetzes zugemuthet? — Eventuell eine Reservearmee von 2- bis 400,000 Mann zu schaffen. Darauf kommt's hinaus, und Sie bemerken also, daß der circulus vitiosus, in welchem wir uns früher bewegten, von zu kleinem Leibe und zu großer Rüstung durchaus noch nicht abgeschlossen ist, sondern wir bewegen uns noch fortwährend in demselben. Er hat nur eine andere Eigenthümlichkeit angenommen, er ist nämlich jetzt auch europäischer Natur geworden. Denn, m. H., wenn dieser Paragraph angenommen wird, und das ist der Kernpunkt des Gesetzes, dann werden unsere Nachbarn auf demselben Wege folgen. Sie werden auch wieder ihre Reserven vermehren müssen, und das Resultat ist, daß Europa in Waffen starrt, daß jede Nation sich erschöpft in Erfindungen für die Kriegsrüstungen und in Leistungen für den Krieg, schon im Frieden! Die finanzielle Belastung — ich habe schon darauf hingewiesen — ist groß und wird noch größer werden, wenn Sie dieses Gesetz annehmen, aus Gründen, die ich angeführt habe. Die Milliarden sind schon, größtentheils zu Kriegszwecken, ausgegeben, das Militärbudget ist gesteigert, wir haben in diesem Jahre 49 Millionen Mark mehr auszugeben; das Militärbudget ist so zu sagen das Faß der Danaiden: wir werfen in jedem Jahre neue Millionen hinein, aber ausfüllen können wir es nicht. Erschöpft wird nur der Säckel der Steuerzahler.“

Ohne Zweifel hat der Redner recht. Der vitiose Cirkel ist europäischer Natur geworden. Weil der preussische Eroberungsstaat eine Armee von fast 2 Millionen geübter Soldaten zur Verfügung haben wird, so muß jede continentale Großmacht, wenn sie diese Stellung aufrecht erhalten

will, eine eben solche unerhörte Militärmacht sich bereit stellen und muß für diesen Zweck der Selbsterhaltung die Steuerfchraube mit unbarmherziger Energie in Anwendung bringen, wahrhaft productive volkswirtschaftliche Ziele aber dieser Einen Lebensaufgabe nachsetzen. Diese Bestrebung von Seite Oesterreich-Ungarns und Frankreichs, der beiden nächsten Angriffsobjecte für Preußen, wird unmittelbar mit einer neuen äußersten Kraftanstrengung dieses Staates beantwortet werden, der wir nothwendig abermals die Waage halten müssen, und so wird der Wettstreit so lange fortgesetzt, bis der eine oder der andere Theil — und wir fürchten sehr, daß dieser Preußen nicht sein wird — im Frieden die ganze Erschöpfung eines zerstörenden Krieges sich zuziehen und dann dem Gegner zur leichten Beute werden wird. Oder aber — doch wer wollte in dieser Zeit, da alle sittlichen internationalen Bande von dem Gifte gegenseitigen Mißtrauens zerfressen sind, solche Hoffnungen hegen? — Europa kommt endlich zur Besinnung und erinnert sich an seine solidarische Pflicht, an sein gemeinsames Lebensinteresse, den allgemeinen Feind und Bedroher mit vereinten Kräften in seine unschädlichen Schranken zurückzuweisen. Dies allerdings war von jeher das Schicksal aller Eroberer und Völkergesellen von Kyniladan bis Napoleon; möge auch diesmal die seufzende Welt bald von dem Joche Neu-Assyriens befreit werden!

Politische Uebersicht.

Preßburg, 28. Januar.

Das Oberhaus erledigte vorgestern die rückständigen Paragraphen der Grundsteuervorlage im Sinne des Unterhauses; die Differenzen sind mit einziger Ausnahme der geringfügigen Abweichung bei der Durchschnittsbestimmung der Forsterträge durchwegs formeller Natur. Ueber Aufforderung Czirak's versprach Finanzminister Hübsch, die Verhandlung der Katastervorlage im Unterhause zu urgiren.

Der Gesetzentwurf über die allgemeine Einkommensteuer bezeichnet beim Grundbesitz das reine Einkommen, beim Hausbesitz jenes Reineinkommen, nach welchem im Jahre 1874 die Hauszinssteuer entworfen wurde, beziehungsweise den zehnfachen Betrag der Hausklassensteuer, bei nutzbringenden Beschäftigungen, mit ständigen Zahlungen verbundenen Anstellungen, Zinsen- und Rentengenuß den zehnfachen Betrag der Einkommensteuer vom Jahre 1874 als Grundlage für die allgemeine Einkommensteuer. Von der allgemeinen Einkommensteuer werden nicht betroffen: a) Die nach G.-U. VIII vom Jahre 1873 mit Personal-Einkommensteuer erster und zweiter Classe besteuerten Personen bezüglich des mit Personal-Einkommensteuer belegten Einkommens; b) Alle, die als Familienmitglieder solcherweise besteuert sind; c) die Besitzer der für Grundentlastung und Weingehent-Ablösung, sowie für Ablösung von Rodungs- und Remanenz-Feldern emittirten Hypothekar-Obligationen von den nach diesen Obligationen entfallenden Zinsen. Von dem steuerpflichtigen Einkommen dürfen abgerechnet werden: a) Die auf daselbe im abgelaufenen Jahre 1874 ausgeworfenen directen Steuern; b) die einjährigen Zinsen des factisch noch nicht abbezahlten Kapitalbetrages der auf unbeweglichen Besitz intabulirten Schulden, wenn der betreffende Steuerzahler den Betrag des noch zu entrichtenden Kapitals und der hiesfür gebührenden Zinsen, so wie das Datum der Obligation und Intabulation, den Namen und die Wohnung des Gläubigers pünktlich und dem wahren Sachverhalt entsprechend anmeldet. Die unter a) erwähnten Steuern sind von dem steuerpflichtigen Einkommen, welches sie belasten, die unter b) erwähnten Zinsen von jenem unbeweglichen Einkommen abzuziehen, auf welches die betreffende Obligation intabulirt ist. Wenn diese auf mehrere betreffende Steuerzahler die auf jedes separat entfallenden Zinsen selbst an.

Ueber die vom croatischen Landtag votirte Wahlnovelle meldete jüngst „Magyar Allam“, daß Se. Majestät die Sanction derselben verweigerte. Alle auf das Schicksal des fraglichen Gesetzentwurfes bezüglichen Nachrichten sind jedoch mindestens verfrüht.

Im Prozeß Dfenheim bot das Zeugenverhör am 26. Januar nichts besonders Bemerkenswerthes. Vernommen wurden der Verwaltungsrath Graf Borkowski, welcher sehr reservirt und möglichst zu Gunsten Dfenheim's ausagte. Keiner der vernommenen Verwaltungsräthe wurde beeidigt. Weiter wurde vernommen der Beamte der Staatsbahn, Lecointe, der Prokurator Sigl's, Springmann, der Director der Anglobank, Dr. Jul. Weisfel, und der Ingenieur der Staatsbahn, Sachy. Springmann erklärte, daß Herr Sigl keine Provision angeboten habe, und daß es nicht Sitte war, einem Generaldirector eine Provision zu gewähren. Auch der Director der Kaschau-Oderberger Bahn habe keine erhalten (der gewesene Baudirector der Arad-Temeswarer Bahn und der Generaldirector der ungarischen Ostbahn erlassen öffentliche Erklärungen des Inhalts, daß sie von Herrn Sigl nie eine Provision verlangt oder erhalten haben, und der Generaldirector der Kaschau-Oderberger Bahn, Herr De Maistre, bedroht Herrn Sigl mit einer Ehrenbeleidigungsklage). Jedoch erinnert sich der Zeuge, daß Director Schmidt von der Ringhofer'schen Fabrik, welchen er in dem Vorzimmer Dfenheim's traf, ihm gesagt, er habe Dfenheim 3 Procent versprochen. Schmidt wurde am 27. in Gegenwart Springmann's vernommen. Dr. Weisfel erzählte, daß Dfenheim bei allen Unternehmungen der Anglobank theilhaftig wurde, und daß seine Syndikatsgewinne mehrere hunderttausend Gulden betragen. Die Beschlüsse über außerordentliche Remunerationen wurden auch bei der Anglobank in einem Geheimprotokoll registriert. Außer Schmidt wurden gestern noch Graf Alfred Potoki und Baron Pinon-Fridenthal vernommen. Auf heute ist Dr. Vanhans und Hofrath Barichar vorgeladen.

Die politische Seite des Prozeßes Dfenheim ist in der gestrigen Gerichtsitzung am 27. Januar wieder stark in den Vordergrund getreten. Bei Beginn der gestrigen Verhandlung kam nämlich eine amtliche Zuschrift des Handelsministers Dr. Vanhans zur Verlesung, welche im Wesentlichen folgendermaßen lautet: In der Schlußverhandlung gegen Dfenheim sind über mein amtliches Verhalten der Lemberg-Czernowitzer Bahn und deren Generaldirector gegenüber Angaben gemacht, welche bezwecken, der Meinung Eingang zu verschaffen, daß bis zu meinem Amtsantritt keine erheblichen Klagen gegen die Bahn erhoben und Maßregeln erst von mir ergriffen seien; — daß Gehässigkeit gegen den Angeklagten meinen Maßnahmen zu Grunde gelegen habe, weil der Angeklagte nicht meinen handelspolitischen Bestrebungen zugestimmt habe, der von mir gewünschten Theilnahme an „Chabrus“ nicht nachgekommen sei und endlich weil derselbe eine ihm angebotene Konzession nicht angenommen. Nur aus den angeführten Gründen soll die angeordnete Sequestration ausgeführt worden sein. Diesen Angaben stelle ich folgende amtlichen Erklärungen entgegen: Die Uebelstände, welche sich bei der Bahn ergaben, sind nicht lange nach Beginn der Bau-Ausführung im Reichsrath erörtert und wurde die Regierung dieserhalb wiederholt interpellirt, so im Jahre 1866 durch den Grafen Leo Thun im Herrenhause und durch den Abgeordneten Hornuzaki im Abgeordnetenhaus. In Folge des Einsturzes der Pruthbrücke wurde neuerlich die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körper auf die Bahn gelenkt und wurde durch mehrfache Resolutionen, welche in Folge neuerlicher Unzukömmlichkeiten beschlossen wurden, der Regierung eine schärfere Ueberwachung zur Pflicht gemacht. Unter der Amtsführung Plener's fand die Regierung Veranlassung, an den Verwaltungsrath mittelst Erlasses vom 26. Dezember 1869 wiederholte Mahnungen und Aufträge zu richten; so wird in diesem Erlaß bereits auf den §. 12 des Eisenbahn Conzessionsgesetzes hingewiesen und mit dieser Berufung auch die Anordnung von als nothwendig erkannten Vorsichtsmaßregeln und deren Ausführung von der General-Inspektion für Eisenbahnen mit allem Nachdruck gefordert. Dieser Paragraph bestimmt die Sequestration einer Bahngesellschaft, wenn wiederholten Anordnungen keine Folge gegeben wird. Aus dem Erlaß Plener's geht hervor, daß die Sequestration der Bahn zum erstenmal im Jahre

1869 angedroht wurde. Auch Depretis war in dieselbe Nothwendigkeit versetzt, und im Feber oder März 1870 wurde die Sequestration zum zweitenmal angedroht. Am 2. Januar 1871 wurden die constatirten Mängel gerügt und Behebung derselben gefordert. Alle Aufträge und Anordnungen blieben erfolglos, ja im Dezember 1870 remonstrirte der Verwaltungsrath sogar in unangemessener Weise gegen die Erlässe. Depretis war gezwungen, eine scharfe Zurechtweisung an den Verwaltungsrath zu erlassen. Diese Zurechtweisung hatte den Erfolg, daß der Präsident des Verwaltungsrathes den Beschlüssen des Verwaltungsrathes zustimmte. (Hört! auf der Geschworenbank.) — Verteidiger Dr. Neuda bekämpfte in längerer Ausföhrung die Zurechtweisung des Handelsministers.

Auch in der rumänischen Kammer wurde vorgestern der Prozeß Osenheim. Es fand nämlich an diesem Tage eine heftige Debatte anläßlich einer Interpellation über die Affaire Mavrogeni-Osenheim statt; mehrere Minister, Deputirte und der Ex-Minister Mavrogeni beteiligten sich an der Debatte; die Kammer erklärte sich schließlich mit den Aufklärungen Mavrogeni's befriedigt und übergang zur Tagesordnung.

Der deutsche Reichstag hat in seiner Sitzung vom 25. Januar bei namentlicher Schluß-Abstimmung das Civilehegesetz mit 207 gegen 72 Stimmen (Centrum, Polen u. s. w.) angenommen. In der Generaldebatte ergriff zunächst Freiherr zu Frankenstein das Wort; er richtete an die bairische Regierung die Anfrage, ob sie wirklich, wie man vermuten müsse, dieses dem Concordate und dem Religionsedicte widerstreitende Gesetz im Bundesrathe beantragt habe, und führte dann in kurzer und trefflicher Darlegung aus, daß ein Bedürfnis für dieses Gesetz nicht constatirt, und daß die Analogie mit dem zur Zeit der Revolution und der Vertreibung der Priester begründeten Rechtszustande in Frankreich ganz unzulässig sei. Hedner schloß sich dem Botum des mecklenburgischen Bevollmächtigten im Bundesrathe an, der den Entwurf wegen des tiefen Eingriffes in das kirchliche Leben des Volkes für bedenklich erklärte. Der bairische Minister Dr. v. Fäustle erklärte, daß die bairische Regierung den Entwurf nicht beantragt habe, sondern daß derselbe aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen sei. Um einen Beweis für das Bedürfnis beizubringen, griff der Minister in seiner Verlegenheit auf das Jahr nach Christi Geburt 1831 zurück, wo einmal die bairischen Kammern in einer Resolution um eine Art Civilehe gebeten haben. Diejem Gesuche ist bekanntlich nicht stattgegeben und Baiern hat sich sehr wohl dabei befunden, so daß der Minister von seinem eigenen Argumente geschlagen wird. Dem Hinweis des Abg. Freiherrn zu Frankenstein, daß das Nothcivilehegesetz für die Leute, welche mit ihrer Kirche zerfallen seien, völlig genüge, vermochte der Minister in keiner Weise die Spitze abzubreaken. — Eine pitante Diskussion veranlaßte die Bestimmung in §. 78, daß den „Centralbehörden der Bundesstaaten“ überlassen bleibe, das Gesetz bereits vor dem 1. Januar 1876 einzuföhren. Abgeordneter Windthorst tadelte, daß den Ministern der Einzelstaaten, in specie Baierns, hier von Reichs wegen die Befugniß ertheilt werden solle, ein Gesetz in Geltung setzen, ohne sich um den Willen der Kammern, ja sogar ohne sich um den Willen des Landesherren zu kümmern. Man empfand diesen Stich nach einer wunden Stelle sehr gut, und Dr. v. Fäustle bemühte sich, ihn zu pariren, indem er versicherte, daß die Zustimmung des Monarchen selbstverständlich erforderlich sei. Abg. Dr. Böhl beantragte darauf eine andere Fassung des §. 78, wonach es den Landesregierungen überlassen bleibt, im Verordnungswege das Gesetz vor dem 1. Januar 1876 einzuföhren, und dieses Amendement gelangte zur Annahme.

Aus Rom wird geschrieben: Es scheint, als werde man vorerst keinen apostolischen Nuntius nach Madrid senden. Wohl aber wird ein Geschäftsträger der Angelegenheiten des h. Stuhles in der Person des Mgr. Palotti, der in früheren Jahren Uditore der Madrider Nuntiat war, dahin abgeordnet werden. — Die Ernennung von Cardinälen ist ent-

schieden. Jedenfalls findet sie noch vor Ostern statt. Mgr. Manning, Erzbischof von Westminster, Mgr. Dechamps, Erzbischof von Mecheln, Mgr. Pacca, Majordomus des Papstes, Mgr. Bittelsch, Erzbischof i. p. inf. und Secretär der Congregation der Bischöfe u. s. w., Mgr. Sionelli, Erzbischof i. p. inf. und Secretär der Congregation des Concils, sowie Mgr. Bartolini, Secretär der Congregation der Riten, werden als diejenigen genannt, denen die Auszeichnung durch den Cardinalshut bevorsteht.

Nach einem Telegramm der „Times“ aus Schanghai ist am 12. Januar der Kaiser von China gestorben. Sein Nachfolger ist erst 5 Jahre alt.

Original-Correspondenzen des „Recht.“

Aus der Bisp, 24. Januar. (Unerklärliche Theilnahmslosigkeit für das Schulwesen; Einer, der 60.000 menschliche Zähne herausgenommen hat. Aufnahmebedingungen in ein israelitisches Casino.) Die Theilnahmslosigkeit seitens der Leutschauer Bürgerschaft an dem unlängst daselbst abgehaltenen Studentenballe, dessen Reinertrag zu Gunsten des Leutschauer katholischen Gymnasial-Alumneums für arme Studierende bestimmt war, erregt in allen Kreisen des gebildeten Publikums ein gerechtes Staunen, umsomehr, da das obgeagte katholische Ober-Gymnasium den Studentensond erhält und somit den Einwohnern der Stadt Leutschau gar keine Auslagen verursacht, vielmehr denselben in mancher Beziehung viele Vortheile bringt. — Dieser Tage ward in Kaschau ein Dentist begraben, welcher als Autodidakt eine ungewöhnliche Fertigkeit im Zahnziehen erlangt hat; er betrieb dieses Metier beinahe 50 Jahre und man schätzt, daß derselbe während seiner zahnärztlichen Praxis mindestens 60.000 Zähne herausgenommen hat. — Zu Liptó-St. Miklos haben die Juden ein sogenanntes israelitisches Casino; in dieses wollte ein gewisser J. K. aufgenommen werden, wurde aber, namentlich durch die Casino-Mitglieder M. Mautsch jun. und Leon Tedesco, deshalb abgewiesen, weil J. K. weniger Perzente nimmt, als die Vorgenannten. Nun fragt das Casino J. K. in der „P.“: „Wie kommt es, daß die Ersterwähnten und viele Andere, welche Mitglieder dieses Casinos sind und das Wuchergeschäft nicht betreiben, dennoch anstandslos in das Casino aufgenommen wurden? Aus dem Vorangeagten ist wohl ersichtlich, daß das Casino die Tadelhaftigkeit ohne Scheu bevorzugt, was ohne Zweifel daselbst satzungsmäßig charakterisirt. Schließlich fragt J. K. den M. Mautsch jun., der sein Vermögen durch große Wuchergeschäfte erworben: warum er seinem weiland würdigen Vater kein geziemendes Monument errichten ließ, — und auch den L. Tedesco, der ebenfalls durch große Wuchergeschäfte zu einem schönen Vermögen kam: warum er, der bei der Ausübung von Wohlthätigkeitsacten gar keine Rolle spielt, und andere Individuen sich als Mitglieder des Casinos breit machen? Ist das Recht?“

Abgesehen davon, daß der Berichtstatter sich auf das Gebiet der Persönlichkeiten begab und diese Angelegenheit vor das Forum der Deffentlichkeit zog, ist dieselbe dennoch höchst charakteristisch, weil man daraus erfieht, welche furchtbaren Dimensionen das Wuchergeschäft angenommen haben muß, da man sich nicht scheut, Einem öffentlich vorzuwerfen, daß sein Vermögen durch große Wuchergeschäfte erworben wurde. Auch ein Zeichen der Zeit und der Verkommenheit mancher eigennütigen Menschen. Wohin wird das noch führen?

Tagesneuigkeiten.

* (Audienzen.) Am 25. d. M. hat der Kaiser in Wien zahlreiche Audienzen ertheilt und hatten unter Anderen die Ehre, empfangen zu werden: General Prinz von Sachsen-Weimar, Fürst Alois Liechtenstein, Fürst Paul Esterházy, Graf Alfred Potocki, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Ritter v. Waser, Graf Leo Thun, FML. Frhr. von Kubiaffsky, Graf Edmund Zichy, Graf Julius Székényi u. s. w.

* (Ihre Majestät die Königin)

reist am 28. d. M. Abends 9 Uhr, mit Separat-train nach Wien. An diesem Tage verläßt auch das Hofpersonal die Hauptstadt. Wie „Hon“ erzählt, kehrt das königl. Paar erst im Herbst wieder nach Budapest zurück. Die Königin wird heuer zeitlich nach Bichl reisen, da sie die heiße Jahreszeit in irgend einem ausländischen Heilbade zubringen gedenkt.

* (Soirée beim österr. Gesandten in München.) Im österr. Gesandtschaftshôtel in München war vorgestern große Soirée, woran sich die Prinzen Luitpold, Ludwig, Leopold und Arnulph, die Prinzessinnen Gisella und Theresie, das diplomatische Corps, die Generalität, die Minister, eine große Anzahl Stabsofficiere und Beamte, im Ganzen circa 250 Personen beteiligten. Künftigen Donnerstag findet ebenda großer Ball statt.

* (Eine Deputation aus Czernowitz) wurde am 26. d. M. vom Kaiser empfangen. Sie kam, um für die Errichtung einer Universität in Czernowitz zu danken. Der Kaiser erwiderte nach der „Presse“ die Ansprache des Bürgermeisters von Czernowitz mit folgenden freundlichen Worten: „Ich habe mich sehr gefreut, die Universität an einen Platz stellen zu können, wo ich von deren Gedeihen überzeugt bin; ich glaube, daß der Zuspruch auch aus den Nachbarländern ein zahlreicher sein wird. Es freut mich, daß dieser Platz die Stadt Czernowitz ist, von deren Treue und bewährter, echt österreichischer Gesinnung ich seit lange überzeugt bin. Sie feiern heuer auch noch ein anderes wichtiges Fest, das der hundertjährigen Vereinigung der Bukowina mit Oesterreich; es ist dies ein schönes Fest, und wenn nicht etwas Unvorhergesehenes dazwischen tritt, werde ich zuversichtlich zu Ihnen kommen und das Fest mit Ihnen begehen.“

* (Falsche Meinung.) Es hat sich in der kath. Welt die Meinung verbreitet, daß mit der eingegangenen „Wiener Kirchenzeitung“, bez. der Redaktionsveränderung der „Westmänner“, auch diese zu erscheinen aufgehört hätten. — Dem entgegen constatiren wir mit freudiger Genugthuung, daß dieselben nicht nur fortbestehen, sondern weiters hervorragende Männer als Mitarbeiter gewonnen haben. Das erste Heft von Alban Stolz ist bereits in den Händen der p. t. Abonnenten und ist das zweite Heft, welches die höchst spannende Geschichte: „Eingesperrter Bischof“ erzählt, bereits im Drucke fertig. Wir werden nächstens einen Literaturbericht bringen und dort Manches, also auch die „Westmänner“ im Hinblick auf die Lausheit der Katholiken recht ernst besprechen.

* (Eine heitere Scene in einem Trauerspiele.) Jüngst führte — wie „Szeg. Közl.“ erzählt — eine Schauspieler-Truppe in der Ortschaft Szt. István bei Baja das historische Trauerspiel: „Die Geschichte des h. Stefan“ als erste Vorstellung auf. Das „Haus“ war vollständig besetzt und viele unter den Zuschauern mochten zum erstenmal in einem Theater sein. Das Trauerspiel nahm ruhig seinen Verlauf, als plötzlich in der Scene, als die Mörder mit gezücktem Dolche auf König Stefan losstürzten, eine Schaar Bauernweiber auf der Galerie entsetzlich zu schreien anfangen: „Jesus Maria! sie ermorden ihn!“ Diese unerwartete Scene amüsirte den größten Theil des Publikums mehr als das ganze Trauerspiel.

* (Das Kriegsgericht über Lieutenant Baffler) findet, wie die „Presse“ mittheilt, am 5. Februar beim dritten Brigadegerichte in der Alserkaserne statt. Die Anklage lautet auf Einbruchsdiebstahl und Desertion.

* (Siebzehn Preßklagen.) Die „Germania“ schreibt: „Der Herr Staatsanwalt Tessendorf hat gegen unjeren Redacteur Paul Kostiole Anklage in 17 Fällen erhoben und ist auf den 9. Februar Vormittags halb 10 Uhr dieserhalb Termin beim Berliner Stadtgericht angejest. Die Anklage beruht in 16 Fällen auf angeblicher Beleidigung, in einem Falle auf der Annahme des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung (§. 131). Der Herr Reichskanzler hat sich dabei mit 41 Strafanträgen beteiligt, das Staatsministerium und Herr Dr. Falk mit je Einem. Wir wollen hiebei bemerken, daß mit diesem Vorgehen die „erzieherische Geduld“ des Fürsten Bismarck gegen unser Lesepublikum keineswegs als erschöpft betrachtet werden darf. Vielmehr hat er inzwischen seinen großen

Vorrath von Strafantragsformularen eifrig zur ferneren Ausfüllung des letzteren benützt, und können wir schon heute ausrufen: *vivant sequentes!* Als besonders interessant dürfen wir noch hervorheben, daß Fürst Bismarck sämtliche 14 Strafanträge, die am 9. Februar zur Verhandlung kommen sollen, aus Veranlassung des Kullmann'schen Pistolenschusses gestellt hat, dem wir nicht ausreichende Würdigung geschenkt haben sollen."

* (A m t l i c h e s A t t e s t.) Einem evang. Pfarramte in Preußen ging, wie der „Oz.“ erzählt, in jüngster Zeit folgende hübsche Becheinigung eines Standesbeamten über erfolgte Anmeldung einer Geburt zu: „Die Geburt des Kindes der verehelichten N. N. geb. . . aus . . . wird hiedurch genehmigt mit dem Bemerkten, daß das Kind die Namen A. F. erhalten hat.“

* (K a t h o l i s c h e r S o l d a t e n m u t h.) Ein französischer Offizier ging vor Kurzem, fest in seinen Winterpaletot gehüllt, unter sehr vielen Passagieren im Wartsaale des Bahnhofes zu Marseille auf und ab. Unter den Anwesenden befand sich auch ein kath. Bischof. Als der junge Offizier diesen bemerkte, grüßte er ihn ehrerbietig, kniete vor ihm nieder, um den Ring des Bischofs zu küssen, und bat um den bischöflichen Segen. Das vollzog sich in einer so natürlichen und kunstlosen Weise, daß der Bischof ganz gerührt wurde. Von diesem Augenblick aber sah man den Offizier über die Achseln an und einige Aufgeklärte sprachen ganz laut: „Ein solches Benehmen ist unwürdig; wir wollen diesen Offizier dem Oberst anzeigen.“ Darauf wendete sich der Offizier an die Sprecher und sagte ganz ruhig: „Da brauchen Sie nicht weit zu gehen, ich selbst bin der Oberst.“

* (E i n e a u f r e g e n d e S c e n e) ereignete sich zu Albury in der Nähe von Guildford in England. In der erst vor Kurzem mit einem Kostenaufwande von 60,000 Lstr. errichteten Kirche wurden gerade die üblichen Sonntagsgebete abgehalten, als Capitän Symes (ein Mitglied der Gemeinde) plötzlich seinen Sitz verließ, die Kanzel bestieg, deren Thür verriegelt und, die Hände ausstreckend, sich an die Gemeinde wandte und erklärte, daß er eine Botschaft Gottes zu verkünden habe. Einige Kirchenbeamten eilten die Treppe hinauf und baten den Capitän, aufzuhören; dieser aber zog den Degen und bedrohte Jeden, der ihn am Reden hindern wollte. Die Kirchendiener ließen ihn nun auf der Kanzel und der Capitän hielt eine wirre Rede, in welcher er zur Buße aufforderte. Inzwischen ging der Advokat Armstrong zu dem Capitän hinauf, aber dieser hieb, obwohl Herr Armstrong sein Freund ist, mit dem Degen nach ihm und schlug ihm einen Finger ab. Frauen schreien und wurden ohnmächtig. Die Männer stellten sich in der Kirche zusammen und verlangten mit lauter Stimme, er solle herunter kommen. Ein Herr versuchte es mit gütlichem Zureden. Der Capitän richtete einen Revolver auf ihn. Der Herzog und die Herzogin von Northumberland verließen nunmehr ihre Sitze; letztere wurde ohnmächtig und mußte herausgetragen werden. Capitän Symes ließ sich durch nichts stören, schlug mit dem Degen auf die Bibel und fuhr fort, seine „Botschaft“ zu verkünden. Mittlerweile hatten die Kirchenbeamten sich mit langen Stangen bewaffnet und es gelang ihnen endlich, dem Wahnsinnigen die Waffen zu nehmen, ihn zu packen, hinunter zu zerren und an eine Säule zu binden. Nach ärztlicher Untersuchung wurde der Capitän in ein Irrenhaus gebracht.

* (W i n t e r.) Aus Schweden wurde gestern bekanntlich gemeldet, daß man den Eisenbahnbetrieb eingestellt habe, weil die Kälte 36 Grad (Celsius) erreicht habe. Aus Petersburg wird nun geschrieben, daß man wegen der großen Kälte sogar in mehreren Anstalten den Unterricht sistiren mußte.

* (E i n e o r i g i n e l l e W e t t e), welche zeigt, wie weit die amerikanische Jugend vorgeritten ist, wurde vor einigen Tagen auf Long Island entschieden. Der Locomotivführer eines zwischen Central Islip und Bientwood fahrenden Eisenbahnzuges sah vor demselben einen Knaben ruhig auf dem Geleise sitzen. Trotz aller Warnungssignale verharrete der Bursche unbeweglich in seiner Stellung und zwang den Zugführer, den Zug halten zu lassen, worauf der Junge davon eilte. Später wurde ermittelt, daß der vielversprechende

Schlingel mit einem Kameraden gewettet hatte, er könne den Eisenbahnzug zum Halten bringen.

Localnachrichten.

** (M i l i t ä r - B e q u a r t i e r u n g.) Der Magistrat gibt bekannt, daß die durch das hiesige Militär-Bequartierungsamt ausgearbeitete Zusammenstellung der im Jahre 1874 durch die hierortigen Hauseigentümer gehaltenen Bequartierungsliste und die hiernach gemachte Berechnung des Guthabens der Einzelnen, sowie der durch die weniger belasteten Gemeinen nachträglich zu leistenden Aufzahlungen vom 23. an zur allgemeinen Einsichtnahme in der Stadtbuchhalterei aufgelegt ist. Hierzu geschieht die Verlautbarung mit dem Beisatz, daß die etwaigen Bemerkungen gegen das obige, bis 20. Februar 1875 ausliegende Operat bei dem Magistrat während dieser Zeit einzubringen sind.

** (D e r v o r g e s t r i g e C a l i c o t b a l l) kann nicht als gelungen bezeichnet werden. Es waren etwa 50 Damen in dem blauweiß carmirten Costüm erschienen. Erst nach 12 Uhr wurde der Ball etwas animirter. Auch der Distanzreiter Zubovits war erschienen und tanzte fleißig Esardas. Die Kosten des Balles sollen mit knapper Noth gedeckt sein.

** (D e r e s s e n t l i c h e r D a n k.) Herr Josef Ambrusch spendete dem Vereine „Humanitas“ 10 fl., wofür dem Wohlthäter im Namen des Ausschusses und der armen fleißigen Schulknaben hiemit der innigste Dank ausgesprochen wird. Der Vereinskassier.

Zirnan, 26. Januar. (Fruchtpreise.)

Weizen (217) von 4 fl. 20 kr. bis 4 fl. 65 kr.; Korn (401 M.) von 3 fl. 20 kr. bis 3 fl. 70 kr.; Gerste (2505 M.) von 2 fl. 05 kr. bis 3 fl. 25 kr.; Hafer (19 M.) von fl. 1.90 bis 2.—; Kukuruz (51 M.) von 2 fl. 60 kr. bis fl. 2.65.

V e r k e h r.

Eisenbahn. Nach Wien: Courier-Zug: Abfahrt: 12 Uhr 30 M. Mittags; Personenzüge: 4 Uhr 29 M. Nachmittags; 4 Uhr 22 M. Früh; 7 Uhr 20 Minuten Früh.

Nach Pest: Courierzug 5 Uhr 43 M. Nachm.; Personenzüge: 11 Uhr 5 M. Vormittags; 11 Uhr 8 M. Abends.

Nach Tirnau: Postzüge: 7 Uhr 30 M. Früh und 6 Uhr 30 Min. Abends; Gemischter Zug: 1 Uhr 31 Min. Nachmittags.

Wiener Börse vom 27. Januar.

	Gold	Waare
5proc. Papier-Rente	70.10	70.20
detto in Silber	75.60	75.70
ungarische Grundentl.-Oblig.	78.40	78.90
siebenbürgische	75.70	76.—
Weinzeihen-Abföhrungs-Oblig. 100 fl.	—	—
1864er Staatsloose	137.75	138.25
1860er ganze	111.40	111.70
1860er Stückel	116.—	116.50
Credit	164.75	165.25
4pct. Dampfschiff	94.—	95.—
Diner	26.—	26.50
Graf Salin	33.50	34.—
„ Balfsb	26.—	26.50
„ Clavo	26.50	27.50
„ St. Genois	28.50	29.—
„ Waldstein	21.—	23.—
„ Reglevich	13.75	14.25
Rudolfloose	14.—	14.50
Ungar. Prämien-Anlehen	83.75	84.25
Zürtenloose voll eingezahlt	52.30	52.50
Nationalbank	960	961
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	221.75	222.—
Credit. a. u. z. 200 fl. 80pct.	198.—	198.50
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	127.50	128.—
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40pct.	21.—	21.50
Franco-Austrian	47.50	47.75
„ Hungarian	63.—	64.—
Nordbahn 1000 fl.	935	1940
Staatsbahn	293.50	294.—
Lemberg-Czernowitz-Jassy	142.50	143.—
Ung. Nordbahn	112.50	113.—
Ung. Südbahn	54.75	55.25
Siebenbürger Bahn	—	—
Ungar. Eisenbahnanlehen	98.50	99.—
Hand-Ducaten	5.25	5.26
Def.-ung. 8 fl.-Goldst.	8.91	8.92
Preuß. Thalerscheine	1.63	1.64
20-Francsstück	8.91	8.92
Silber	105.85	106.—

Meteorologische Beobachtungen vom 27. Januar.

Zeit	Baromet.-stand bei 0° C. in Millim.	Temperatur nach Celsius	Quantität in Millimet.	Feuchtigkeit in Procenten	Windrichtung und Stärke. Uhr	Wetter. Uhr
7 1/2 M.	752.25	- 3.1	3.4	94	WS 2	☉ 10
2 „ Ab.	753.74	- 2.8	2.8	76	WS 3	☉ 10
9 „ Ab.	760.23	- 3.8	2.8	82	WS 3	☉ 4

Temperatur-Extreme: -5°60, +1°25 Cels. —
 Ozongehalt: während des Tages 12, während der Nacht 12.
 Nachts Schneefall, der mit Unterbrechungen bis Nachmittags 1 Uhr anhält, verbunden mit starkem Winde, der besonders gegen 1 Uhr Nachmittags zum Sturm wurde. Um 2 Uhr war es ruhiger und fiel kein Schnee mehr; nach 3 Uhr begann es sich im Westen aufzuheben, so daß nach 4 Uhr nur wenig Wolken mehr zu sehen waren und die Sonne noch vor Untergang ihre Strahlen zusenden konnte. Gegen 6 Uhr Alles wieder bedeckt, beitere sich jedoch gegen 9 Uhr wieder ziemlich aus. Der Luftdruck nahm rasch zu, während die Temperatur gegen die vorhergehenden Tage bedeutend abnahm. Ungewöhnlich starker Ozongehalt.

Weseler Volkszeitung.

Standpunkt Centrum, erscheint täglich.

Preis für Februar und März per Post nur 10 Sgr.

Wenn die Abonnentenzahl heute nach acht monatlichem Bestehen bereits 4000 beträgt, so dürfte dieselbe jetzt, wo Wesel durch die Internirung des hochwürdigsten Herrn Bischofes von Paderborn das Interesse der ganzen katholischen Welt erregt, noch bedeutend zunehmen.

Am 2. Februar erhalten die Abonnenten den diesjährigen Fastenhirtenbrief des hochwürdigsten Herrn Bischofes von Paderborn, am 9. den des hochw. Herrn Bischofes von Münster gratis.

Billigste katholische Zeitung Deutschlands.

Reihen-Säemaschinen

nach Garrett, mit schmiedeeisernen Lauf- rädern, sowie breitwürfige

Säemaschinen nach Smyth

liefern prompt

Clayton & Shuttleworth

Fabrikanten landw. Maschinen.

Aufträge übernimmt das Commissions- Haus A. Raabe & Comp. Comptoir: Langegasse, Primatialpalais, und die General-Agentenschaft der „EUROPA“ Comptoir: Langegasse Nr. 77 im 1. Stock in Preßburg.

Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

Das erste und größte

photographische Atelier

von

E. KOZICS,

nach den neuesten Verbesserungen neu erbaut, empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Visitenkartenform bis zur Lebensgröße, Chromophotographien, Photographien auf Eisenblech, Cabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Malerleinwand, mit Farben ausgeführt, gemalte Damenbilder mit Photographien, Briefmarken, Cigarettenstücken u.

Promenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“